

**Hermann Seuffert.****Ein Nachruf.**

Von Prof. v. Liszt.

Wer in der Vollkraft des Lebens, in der Freude des befruchtenden Schaffens, abgerufen wird, stirbt einen beneidenswerten Tod. Mit tiefererschütternder Tragik aber wirkt das Hinscheiden eines Mannes, der nach Jahren und Jahrzehnten fortgesetzten Kampfes eben an die Schwelle eines neuen Abschnittes seines Lebens herangetreten ist, in dem er die reichen Früchte unausgesetzter Arbeit im freundschaftlichen Wettbewerb mit den alten Kampfgenossen wie mit den bisherigen Gegnern für sich und für sein Land zu ernten zuversichtlich hoffen durfte.

Das war Hermann Seufferts Los. Am 28. November 1902 ist in den Räumen des Reichsjustizamts das „freie, wissenschaftliche Komitee“ zusammengetreten, das, auf Einladung des Staatssekretärs, unter Mitwirkung der deutschen Kriminalisten aller Richtungen, die rechtsvergleichende Grundlage für den Neubau unsrer Strafgesetzgebung schaffen soll. Als Mitglied dieses Komitees war Hermann Seuffert wie kein anderer eine führende Rolle zu spielen berufen. Sein reiches Wissen, die Lauterkeit seines Wesens, die Wärme seiner Ueberzeugung, die Klarheit seiner Gedanken, die vornehme Milde seines Auftretens: gerade diese seltene Verbindung bester Eigenschaften hatten wir alle als die sicherste Gewähr für das Gelingen des großen und schwierigen Unternehmens betrachtet. Als der anerkannte Vertreter der neuen Richtung hätte er den Freunden die Bahn gewiesen und die Gegner gewonnen, hätte er mit sicherer Hand und ruhiger Klarheit das Feld abgesteckt für die gemeinsame Arbeit.

Es ist anders gekommen, als wir alle erwartet haben. Als die Mitglieder des Komitees sich zur ersten Tagung versammelten, war der Mann, auf dessen Mitwirkung sie die größte Hoffnung gesetzt hatten, seit wenigen Stunden der Erde zurückgegeben worden. Am 23. November ist Hermann Seuffert einem tödlichen Leiden erlegen, dessen Gefährlichkeit ihm selbst ebenso unbekannt geblieben war, wie seinen wissenschaftlichen Freunden.

Hermann Seuffert wurde am 28. August 1836 zu Ansbach geboren. Er besuchte das Maximilian-Gymnasium zu München und studierte an den Universitäten München und Heidelberg. In München promovierte er, wie Stier-Somlo in der „Bonner Zeitung“ vom 28. Dezember 1902 mitteilt, im Jahre 1861; in demselben Jahr trat er als Privatdozent in den weiteren Lehrkörper der juristischen Fakultät ein. Seine Inauguralschrift behandelte „Die reformatio in pejus im neuern, insbesondere bayrischen Strafprozeß“; ein Thema, das ihm durch seine eifrig gepflegte praktische Thätigkeit als Verteidiger in Strafsachen nahegelegt war.

Im Jahre 1869 gründete Seuffert seinen Hausstand, der ihm für die ganze Zeit seines Lebens die Quelle reichsten und reinsten Glückes wurde. Am 15. August verheiratete er sich mit der Tochter des bekannten Klinikers Schönlein, des ehemaligen Leiters der Berliner Charité. Dieser Ehe entstammen zwei Kinder: ein Sohn, heute Rechtsanwalt in München; und eine Tochter, die mit dem Staatsanwalt Bluhme in Frankfurt a. M. verheiratet ist.

1868 war Seuffert zum außerordentlichen Professor in München ernannt worden. 1872 folgte er einem Ruf als ordentlicher Professor des Strafrechts und Zivilprozeßrechts nach Gießen, wo er bis 1879 thätig war. Hier begründete er seinen Ruf als hervorragender, die Zuhörer mit sich fortreisender Lehrer und als unermüdlicher Arbeiter in der Selbstverwaltung der Universität. Um die Beseitigung der Mißstände, die dem damaligen Promotionswesen in Gießen anhafteten, hat er sich ein hervorragendes und bleibendes Verdienst erworben. Während seiner Lehrthätigkeit in Gießen ist Seuffert der Vorliebe für den Strafprozeß treu geblieben. Seine Antrittsvorlesung behandelte das Thema: „Ueber Schwurgerichte und Schöffengerichte“ (1873 in München bei Christian Kaiser erschienen). Mit jugendlicher Wärme zieht Seuffert hier für das Schwurgericht und gegen das Schöffengericht

ins Feld. Seine Stellung faßt er in dem Satz zusammen (S. 26): „Ich behaupte, daß die Ersetzung der Jury durch das moderne Schöffengericht gleichbedeutend wäre mit dem Verfall des Volksgerichts und im weiteren Verlauf mit dem abermaligen Zurücksinken unseres im Aufschwung begriffenen Rechts in die Fesseln der Scholastik“. Es scheint, daß Seuffert an dieser Ansicht bis zu seinem Lebensende festgehalten hat; wenigstens findet sich in seiner letzten Veröffentlichung „Ein neues Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich“ auf S. 41 der Satz: „Der Begriff der mildernden Umstände ist zu unbestimmt, zu vage für die Rechtspflege, namentlich wenn man Geschworene daran beteiligen will, auf die wir doch hoffentlich nicht verzichten werden!“. Es stammt aus dieser Zeit ferner eine Abhandlung zu § 34 des Gerichtsverfassungsgesetzes, die in Band 31 des Gerichtsfaals veröffentlicht wurde.

Im Jahre 1879 ging Seuffert mit demselben Lehrauftrag, wie in Gießen, nach Breslau. Seinem Vorschlag habe ich es zu verdanken, daß ich, damals Privatdozent in Graz, ohne irgendwelche persönliche Beziehungen als sein Nachfolger nach Gießen berufen wurde. Ihm näher zu treten hatte ich damals noch nicht das Glück. Auch die wissenschaftlichen Berührungspunkte fehlten so gut wie vollständig.

Die erste Schrift, die Seuffert als Breslauer Professor veröffentlichte, weist noch auf seine Gießener Periode zurück. Sie ist nicht strafrechtlichen, sondern prozeßrechtlichen Inhalts und trägt den Titel: „Erörterungen über die Besetzung der Schöffengerichte nach dem deutschen Gerichtsverfassungsgesetz“ (Breslau bei Schletter 1879 erschienen). Abgesehen von einer sehr sorgfältigen Analyse der einschlagenden reichsrechtlichen Bestimmungen, ist sie insbesondere dem Hessischen Ausführungsgesetz vom 3. September 1878 gewidmet, dessen Artikel 15 (abgesehen von seiner Nummer 3) für ungültig und wirkungslos erklärt wird (S. 57). Von allen Veröffentlichungen Seufferts scheint mir diese Schrift diejenige zu sein, die den geringsten Anspruch auf bleibende Bedeutung erheben kann.

Aber schon nach wenigen Jahren seines Breslauer Aufenthaltes beginnt für Seuffert jene wissenschaftliche Entwicklung, die seinem Lebensbild die eigenartige Anziehungskraft verleiht. Beim Antritt des Rektorats, am 15. Oktober 1885, hielt Seuffert eine Rede

über „einige Grundfragen des Strafrechts“, die 1886 in Breslau bei Schletter im Druck erschienen ist. Sie macht den Eindruck einer jugendlichen Gärung, die bei dem fast 50jährigen Gelehrten geradezu überrascht. Der Redner spricht von dem heftigen Zwiespalt der Meinungen, der in der ersten Hälfte der achtziger Jahre innerhalb der Vertreter der Strafrechtswissenschaft zum Ausdruck gelangt war. Er wendet sich gegen die „anthropologisch-kriminalistische Schule“ Lombrosos. Er scheint sie aber nur aus den Mitteilungen zu kennen, die in der „Zeitschrift“ über die einschlagenden Schriften gebracht wurden. Wenigstens sind nur diese Mitteilungen, nicht die Originalarbeiten selbst, zitiert. Und manches Mißverständnis (so wird Seite 10 Ferri als Gegner Lombrosos hingestellt), bestärkt diese Vermutung. Der Vergeltungsstrafe steht Seuffert skeptisch gegenüber. „Ist nicht doch die Vergeltungsstrafe nur ein feinerer, ein beruhigender Ausdruck für die Rache, welche die geschichtliche Forschung als einen der Reine der Strafe erklärt?“ (S. 17). Aber er hat doch nicht den Mut, den Gedanken der Vergeltung bestimmt abzulehnen. „Die Rechtswissenschaft muß die Idee der Vergeltung hoch und heilig halten, solange sie dieselbe als ein Volkselement vorfindet. . . . Zur Zeit und voraussichtlich noch lange darf nicht daran gedacht werden, die Vergeltungs-idee aus dem deutschen Strafrecht zu verbannen“ (S. 19). Die Zwecktheorien werden als „Stationen zu der naturalistischen Auffassung der Italiener“ bezeichnet (S. 26). Nach Seuffert dient die Strafe zugleich dem Vergeltungsgedanken und dem Zweckgedanken. Und er wirft die Frage auf, ob nicht diese beiden Elemente in der Strafe von einander geschieden, die Vergeltungsstrafe von der Sicherungsstrafe losgelöst werden könne. Aber neben diesem Versuch, alte und neue Ideen miteinander zu verknüpfen, finden wir doch auch schon jene Grundanschauung angedeutet, durch welche die ganze Richtung der spätern Arbeiten Seufferts gekennzeichnet wird. Er wendet sich bereits gegen die übertriebene Berücksichtigung des äußeren Erfolges und verlangt die Berücksichtigung der Gesinnung, der „Rücksichtslosigkeit“ des Thäters (S. 20). Die mildere Bestrafung des Versuchs und die straffschärfende Wirkung des unverjährten Erfolges werden bereits mit voller Bestimmtheit verworfen. Und noch bezeichnender ist es, daß er der Schaffung von „Nachurteilsstationen“ das Wort redet (S. 37), also bei allen längeren Freiheitsstrafen die Dauer der Freiheitsentziehung inner-

halb der durch Gesetz und Urteil gezogenen Grenzen der Überprüfung durch eine besondere Behörde unterstellen will.

Auf demselben Standpunkt steht Seuffert auch in seinen „Mitteilungen aus dem Entwurf eines Strafgesetzbuchs für Italien“, die in der Rudolf von Gneist am 20. November 1888 von der juristischen Fakultät Breslau überreichten Festschrift abgedruckt sind (Breslau, Schletter 1888). Die eingehende und scharfsinnige Kritik des italienischen Entwurfs braucht an dieser Stelle nicht weiter verfolgt zu werden. Sie ist aber deshalb für Seuffert's Entwicklungsgang von Bedeutung, weil sie uns zeigt, mit welcher Gewissenhaftigkeit er, zunächst wohl angeregt durch den russischen Entwurf, den rechtsvergleichenden Studien sich hingab. Wichtiger noch sind die in der Einleitung niedergelegten Anschauungen über die notwendige Ausrüstung der praktischen und theoretischen Kriminalisten. Sie sollen wissen, was aus denen wird, die sie in Zuchthäuser und Gefängnisse schicken; die Gefängniswissenschaft soll einen Teil des Rechtsunterrichts ausmachen und ein Teil der Vorbereitungspraxis soll der Gefängnisverwaltung zugewendet werden. „Und die Zeit wird nicht mehr fern sein, da die Juristen sich auch mit der Erforschung der Genesis der Verbrechen, der Kriminalstatistik, und mit der anthropologischen Behandlung der Verbrecher werden befassen müssen“ (S. 82). Charakteristisch sind auch die Worte, mit denen Seuffert seine Besprechung schließt: „Alle aber, die unbefangen urteilen, werden dem Entwurf die Anerkennung nicht versagen, daß er einen gewaltigen Fortschritt darstellt in der Erkenntnis der Leidenschaften und Schwächen des Menschengeschlechtes, sowie in der Behandlung der fehlhaften Menschen, — zu Nutz und Frommen ihrer selbst und der Menschheit. Wir haben auch die Italiener dankbaren Sinnes zu beglückwünschen für das, was sie der Menschheit geleistet“.

So ringen auch noch in dieser Schrift die alten und die neuen Gedanken um die Herrschaft mit einander, die Idee der Vergeltung und das Streben, die Strafe als ein Schutzmittel der Gesellschaft aufzubauen auf die sorgfältigste Erforschung der Ursachen der Kriminalität. Und es entspricht durchaus diesem Zwiespalt in Seuffert's Brust, wenn er sich noch in einem Briefe vom 24. November 1888 als seinen Gegner bezeichnet.

Aber noch in demselben Jahre sollte diese Gegnerschaft in ein Waffenbündnis sich verwandeln, das uns beide bis zu Seuffert's

Tod eng an einander geschlossen hat. Diesem gemeinsamen Kampfe um die Umgestaltung unsrer Wissenschaft wie um die Reform unsrer Strafgesetzgebung verdanke ich auch die persönliche Freundschaft Seufferts, die er mir bis zum Lebensende treu bewahrt hat. In dem Vorwort zu der neunten Auflage meines Lehrbuchs des Strafrechts, die Hermann Seuffert gewidmet ist, habe ich es dankbar ausgesprochen, daß ich diese sachliche und persönliche enge Beziehung zu dem Schönsten und Wertvollsten rechne, was mir die zwanzig Jahre von 1879 bis 1899 gebracht haben.

Den äußeren Anstoß zu dieser längst vorbereiteten Wendung gab die Gründung der Internationalen kriminalistischen Vereinigung, der Seuffert noch vor Schluß des Jahres 1888 beitrug. Auf der ersten allgemeinen Versammlung der Vereinigung zu Brüssel im August des folgenden Jahres hat er bereits hervorragenden Anteil an der Beratung genommen. Seither ist Seuffert, der sowohl die allgemeinen Versammlungen wie die Sitzungen der deutschen Landesgruppe regelmäßig zu besuchen pflegte, uns stets ein treuer Berater, unsern Ideen ein unermüdlicher Vorkämpfer gewesen.

Im Jahre 1890 ging Seuffert von Breslau nach Bonn. Und hier beginnt sofort für ihn eine Zeit reichster, nach den verschiedensten Richtungen hin befruchtender Thätigkeit.

Sie war zunächst fast ausschließlich der J.R.B. gewidmet. Noch in einem Briefe aus Breslau aus dem Jahre 1889 schreibt Seuffert im Hinblick auf die bevorstehende erste Landesversammlung der deutschen Gruppe an mich: „Wir werden nicht so leichtes Spiel haben, wie es nach der ersten Aufnahme, welche die Vereinigung fand, den Anschein hatte. Aber siegen werden wir, denn wir haben die Vernunft für uns! Ob ich selbst den Sieg noch erleben werde, ist mir zweifelhaft; trotzdem hänge ich an der Sache, wie kaum je an einer andern Angelegenheit“. Insbesondere lag ihm die bedingte Verurteilung am Herzen, für die er schon in Brüssel warm eingetreten war, und deren Besprechung auch auf der Tagesordnung unsrer ersten Landesversammlung zu Halle im März 1900 stand. Mit seinem ganzen Herzen war denn auch Seuffert beteiligt, als er, auch noch im Jahre 1900, dem 21. deutschen Juristentag ein Gutachten über die Frage erstattete: „Ist die bedingte Verurteilung im Strafrecht einzuführen?“ In eingehender Begründung rechtfertigt Seuffert

diese damals im Mittelpunkt der kriminalpolitischen Erörterungen stehende Einrichtung. Das Gutachten schließt mit einem sorgfältig gearbeiteten, 14 Paragraphen umfassenden Gesetzesvorschlag. Aber nicht wegen dieses Ergebnisses verdient diese Schrift an dieser Stelle besonders hervorgehoben zu werden: zu dem gleichen Ergebnis sind vor und nach Seuffert andre auch gelangt. Sondern deshalb, weil in der Begründung der Schrift nicht nur der Bruch mit dem Vergeltungsgedanken endgiltig vollzogen wird, sondern auch bereits die meisten jener Gedanken sich angedeutet finden, die dann später, in der Bonner Rektoratsrede von 1896 und dem Bremer Vortrag von 1902 wie in dem letzten Buch von Seuffert die Grundlage seines gesamten kriminalpolitischen Lehrgebäudes bilden. Ich meine die Auseinandersetzung mit dem Vergeltungs- gedanken. Seuffert weist auf die Breslauer Rektoratsrede von 1885 hin und fährt fort (Verhandlungen des 21. deutschen Juristentags I 251): „Die Frage hat mich seitdem kaum mehr verlassen. Und ich kann heute nicht mehr die früheren Konzessionen für berechtigt halten“. Mit aller Entschiedenheit wird jetzt die Vergeltungsstrafe verworfen. „Wie kommen wir unvollkommenen, dem Irrtum und der Schwäche unterworfenen Menschen dazu, die Vorsehung auf Erden zu spielen, in der Strafe die Herrlichkeit Gottes auf Erden darzustellen? Sind wir fehlerhaften Menschen denn im stande, nur annähernd im stande, gerechte Vergeltung, also wirkliche Vergeltung zu üben und Ausgleichung zu schaffen? Seid ihr im stande, den Beschuldigten in Herz und Nieren zu blicken, um den Schulbanteil zu finden, für den ihr dann strafen wollt? . . . Ist Vergeltung nötig, dann überlassen wir sie doch der allwissenden, der leidenschaftslosen Macht, die sie gesetzt hat! Befolgen wir die Mahnung im Buche Moses: mein ist die Rache, spricht der Herr, ich will vergelten“. Mit diesem Gutachten ist Seuffert in die erste Reihe unter den Vorkämpfern der neuen Richtung getreten, hat er die führende Rolle übernommen, die er bis zu seinem Tode unbestritten inne hatte. Darin liegt die Bedeutung der Schrift für seinen Entwicklungsgang und für die Geschichte unsrer Wissenschaft.

Seit 1894 erscheint Hermann Seuffert unter den ständigen Mitarbeitern der Zeitschrift. Hier veröffentlichte er im 14. bis 16. Band die Übersichten über die deutsche Strafgesetzgebung in den Jahren 1893, 1894 und 1895: Kabinettsstücke sorgfältigster Analyse, feinsüßligster Kritik.



Wenn der warme Nachruf in der Bonner Zeitung Seuffert die produktive Kraft abspricht und ihn einen „Meister im Kleinen“ nennt, so muß ich diesem Urteil auf das entschiedenste widersprechen. Die zahlreichen Beiträge zu Stengels Wörterbuch des deutschen Verwaltungsrechts, unter denen ich die über „Gefängnisverwaltung“ und „Strafregister“ hervorheben möchte, zeichnen sich allerdings nicht sowohl durch neue Gedanken, als vielmehr durch die peinlichste Sorgfalt in der Sammlung und Darstellung des Stoffes aus. Aber das lag in der Aufgabe, die den Mitarbeitern gestellt war. Und die Darstellung des deutschen Strafrechts, die Seuffert für den ersten, 1894 herausgegebenen Band der „Strafgesetzgebung der Gegenwart“ geliefert hat, konnte von v. Lilienthal (Deutsche Juristenzeitung vom 15. Dezember 1902) mit vollem Recht „ein wahres Meisterwerk“ genannt werden. Auch hier verleugnet Seuffert nicht den Grundzug seiner wissenschaftlichen Tätigkeit: die bis ins Kleinste hinein treue Gewissenhaftigkeit des Forschers; aber dazu tritt die souveräne Beherrschung des reichen Stoffes, die künstlerische Gestaltungskraft, wie sie nur dem freischaffenden Meister, niemals aber dem bloßen Sammler, eignet. Diese Darstellung des deutschen Strafrechts auf 112 Seiten Lexikonostav kann sich getrost allen unsern Lehr- und Handbüchern an die Seite stellen. Wieviel leichter wäre es wohl gewesen, denselben Stoff nach berühmten Mustern etwa in drei starken Bänden zu behandeln und damit den Anschein der Produktivität zu erwecken, der nur zu oft mit der mangelnden Fähigkeit zur Konzentration verknüpft ist!

In vollendetster Klarheit tritt die wissenschaftliche Grundauffassung, zu der Hermann Seuffert im Laufe eines halben Jahrhunderts sich durchgerungen hatte, uns entgegen in seiner Bonner Rektoratsrede vom 18. Oktober 1896 (Bonn, bei Friedrich Cohen 1897 erschienen): „Was will, was wirkt, was soll die staatliche Strafe?“ Es ist dasselbe Thema, über das er im Jahre 1885 als Rektor der Breslauer Universität gesprochen und das ihn seither nicht mehr verlassen hatte. „Jene Rede, sagt Seuffert, ist mehrmals gegen mich citiert worden; nicht, weil ich mißverstanden wurde, sondern weil meine Stellung zu dem Problem der Strafe eine andre geworden ist, und ich das zum Ausdruck gebracht habe. In Breslau glaubte ich der Vergeltungslehre noch Konzessionen machen zu müssen. Ich kann sie heute nicht mehr machen“ (S. 4).

Zwar unterliegt es keinem Zweifel, daß die „geschichtliche



Strafe", und zwar an erster Stelle, Rache, Sühne, Genugthuung, Vergeltung gewollt hat. Auch „in unsern Tagen, neustens nach meiner Beobachtung wieder mehr als vor 25 Jahren, ist die vergeltende Genugthuung das Ziel der Strafe, besonders bei den schwereren, in den Strafgesetzbüchern zumeist vorgesehenen Verbrechen" (S. 8). Und daß die Strafe tatsächlich als Vergeltung wirkt, davon „kann jeder, der lesen und hören will, sich selbst überzeugen" (S. 17).

Anders aber beantwortet sich für den Kriminalpolitiker die Frage nach dem, was die Strafe soll. Hier wird von dem Verfasser, ohne jede Konzession, die Vergeltungsstrafe verworfen. Denn nichts von den Existenz- und Entwicklungsbedingungen, sei es des einzelnen, sei es der Gesamtheit, wird gefördert, „wenn zu dem malum actionis das malum passionis tritt, wenn zu dem Weh, das der Verbrecher zugefügt hat, das Weh tritt, das er in der Strafe erleidet" (S. 22). Nur die Beförderung jener Bedingungen, nicht die Gewährung von Lust oder Befriedigung aber ist das Ziel der Staatstätigkeit.

Nicht Vergeltung, sondern Sicherung ist mithin die Aufgabe. Und zwar Sicherung nicht durch Einwirkung auf das Publikum, sondern auf den Verbrecher selbst, um ihn von weiterem Unrechtthun abzuhalten (Spezialprävention). Von diesem Standpunkt aus entwickelt Seuffert, in gedrängtester Kürze, aber unter Hervorhebung alles Wichtigen, „das Programm des Sicherungskriminalisten". Es handelt sich für ihn nicht mehr bloß um ein wissenschaftliches Glaubensbekenntnis, sondern um einen Mahnruf an den Gesetzgeber.

Diesem legislativen Programm, das sich mit dem der „J.R.V." in allem wesentlichen deckte, seiner Ausführung und Durchführung, gehörte fortan Seufferts beste Arbeitskraft.

Nur einmal noch lenkte ein äußeres Ereignis sein Interesse in eine andre Bahn. Die Ermordung der Kaiserin von Österreich (10. September 1898) veranlaßte ihn, der Frage nach der strafrechtlichen Bekämpfung des Anarchismus seine Aufmerksamkeit zu widmen. Zunächst dachte er nur an einen größeren Zeitungsartikel. Aber die einmal begonnene Arbeit führte ihn immer weiter. Die Frucht seiner Studien war das 1899 (bei Otto Liebmann in Berlin) erschienene, 219 Seiten umfassende Buch: „Anarchismus und Strafrecht". Es schildert uns das „Wesen und Walten des

Anarchismus“ und die zu seiner Bekämpfung in den verschiedenen Ländern erlassenen Strafbestimmungen. Es prüft die Waffen, die das geltende deutsche Recht der Staatsgewalt verleiht, und mündet, nach einer Hervorhebung der Mängel und Lücken der deutschen Gesetzgebung, in einen ausführlichen 24 Paragraphen umfassenden Gesetzesvorschlag aus. Es ist hier nicht der Ort, zu diesen Vorschlägen Stellung zu nehmen. Aber es sei ausdrücklich hervorgehoben, daß die ganze Schrift nichts ist, als die Anwendung der kriminalpolitischen Grundsätze, denen der Verfasser huldigte, auf ein besondres Problem. Wesen und Zweck der Strafe überhaupt, die Wirksamkeit der einzelnen Strafart, die Unzweckmäßigkeit der milderen Behandlung von Versuch und Beihilfe, die Überschätzung des äußern Erfolgs — alle die Fragen, die Seufferts gesamtes Denken erfüllten, werden an der Hand des Sonderproblems aufs neue geprüft und entschieden. Durch die Sorgfalt in der Beschaffung des schwer zugänglichen Materials, durch die Schärfe in der Auslegung und Kritik des geltenden Rechts, durch die Klarheit und Einfachheit der Darstellung reiht sich auch diese Schrift würdig an das oben erwähnte System der deutschen Strafgesetzgebung.

Das Schwergewicht von Seufferts Wirken aber ruht während dieser ganzen Zeit in seiner Thätigkeit für die J.R.V. Er war eines ihrer angesehensten, und sicher das von allen am meisten verehrte Mitglied. Die deutsche Landesgruppe verdankt ihm ihre schönsten Erfolge. Den Eindruck, den er hier hinterlassen hat, kann ich nicht besser schildern, als mit den Worten v. Lilienthal's: „Wer je das Glück gehabt hat, ihn als Redner zu hören, dem wird die Erinnerung daran unvergeßlich sein. Ohne rhetorischen Aufputz, schlicht und einfach, aber von einem innern Feuer wahrer Begeisterung und tiefster Überzeugung durchglüht, gingen seine Worte zu Herzen und schlugen alle Hörer in den Bann der lebensvollen Individualität des Sprechers, dem es allezeit um die Sache und niemals um seine Person zu thun war, der es in heiligem Eifer dem Jüngsten gleichthat und doch niemals die Besonnenheit des reifen Mannes vermissen ließ, dessen gütiges Herz stets auch dem Gegner volle Anerkennung entgegenbrachte, und dessen schärfster Angriff darum niemals verletzte“.

Innerhalb der deutschen Landesgruppe der J.R.V. trat die führende Stellung Seufferts von 1895 ab deutlich hervor. Schon

für die vierte Versammlung der Landesgruppe, die im Jahre 1895 zu Gießen abgehalten wurde, hatte Seuffert über das Thema: „Das bei einer Revision des Reichsstrafgesetzbuchs zu Grunde zu legende Strafsystem“ eine Reihe von Thesen vorgelegt (Mitteilungen V 381), die eine nach allen Richtungen erschöpfende Ausgestaltung der Schutzstrafe enthielt. Der Gegenstand gelangte jedoch nicht mehr zur Verhandlung und wurde auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gesetzt. Für diese, die in Heidelberg 1897 stattfand, lag eine mit einer Begründung versehene Neubearbeitung der Seuffert'schen Thesen vor. Die Verhandlung ergab eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit zwischen dem Referenten Seuffert und dem Korreferenten Krohne und zeigte überdies, daß die Entscheidung über die weitreichende Frage noch lange nicht spruchreif war. Wenn schließlich doch eine ganze Anzahl von Leitsätzen einstimmig oder mit großer Mehrheit angenommen wurde, so konnte dieser etwas gekünstelten Überbrückung der Gegensätze wesentliche Bedeutung nicht beigelegt werden.

Einen vollen und entscheidenden Sieg erröcht Seuffert dagegen auf der 7. und 8. Landesversammlung. Bereits für die 7. Versammlung hatte er neun Thesen vorgelegt, von denen je drei die durch den Erfolg qualifizierten Delikte, den Versuch und die Teilnahme betrafen, die aber alle miteinander durch den gemeinsamen Gedanken verknüpft waren: daß an die Stelle der Erfolgshaftung die Schuldhaftung zu treten habe. Der wesentliche Inhalt dieser Thesen, die nicht nur für Seufferts wissenschaftliche Grundanschauung kennzeichnend, sondern auch für die Weiterentwicklung der deutschen Gesetzgebung von größter Bedeutung sind, geht dahin:

- I. Die Abstufung der Strafen nach dem Erfolg ohne Rücksicht auf das Verschulden ist zu verwerfen. Insbesondere ist eine Straferhöhung wegen schwerer Körperverletzung oder wegen tödlichen Verlaufs einer Verletzung nur dann zu rechtfertigen, wenn diese Folgen vom Thäter vorausgesehen werden konnten.
- II. Die Strafermäßigung bei Versuch steht, bis zu einer bestimmten Grenze, in dem Ermessen des Richters. Der Versuch mit abergläubischen oder andern nicht ernst zu nehmenden Mitteln bleibt als solcher strafflos.
- III. Die Teilnehmer trifft grundsätzlich dieselbe Strafe wie den Thäter. Die Gerichte sind ermächtigt, die Strafe des Ge-

helfen herabzusetzen. Mißlungene oder erfolglose Anstiftung ist nur in den durch das Gesetz bestimmten Fällen strafbar.

Auf der Versammlung zu Straßburg im Jahre 1900 (Mitteilungen IX 108) und der zu Bremen im Jahre 1902 (Mitteilungen X 448) hat Seuffert seine Thesen in zwei anderthalbstündigen Vorträgen gerechtfertigt, die zu den glänzendsten Leistungen auf diesem Gebiet gehören. Ohne jede Spur von Ermüdung folgten die Zuhörer den Auseinandersetzungen des Redners, die sich mit den schwierigsten Problemen des Strafrechts befaßten. Wir alle, die wir damals anwesend waren, standen unter dem Zauber des Mannes, der uns die in einem arbeitsreichen Leben errungene Überzeugung in warmen, aber durchaus schlichten, jedes Pathos vermeidenden Worten entwickelte. Der Vortrag in Bremen zumal enthält ein wissenschaftliches Glaubensbekenntnis, so bestimmt und zugleich so bescheiden, wie es wohl selten ein Lehrer des Rechts auf einer juristischen Versammlung ausgesprochen hat.

„Aufgewachsen bin ich mit dem Vergeltungsgebanten. Meine Breslauer Rektoratsrede hat ihm noch Rechnung getragen. Das Vergeltungsbedürfnis war überwunden, als ich elf Jahre später die Bonner Rektoratsrede hielt. Gerechtigkeit ist noch heute meine Göttin. . . . Aber ich suche nicht mehr Ausgleichung oder Vergeltung für das Verbrechen mit der staatlichen Strafe“.

„Ich suche sie nicht, weil die Vergeltungsstrafe die Bedingungen meines Daseins und meines Wohlergehens nicht erhöht. Das freilich ist Empfindungsache. . . .“

„Ich suche aber Ausgleichung und Vergeltung auch deshalb nicht, weil ich auf Grund von Erfahrung und Beobachtung überzeugt bin, daß ich sie nicht finden kann“. Wir können nicht vergelten, weil uns der Maßstab fehlt, weil bei unsrer Erwiderung „eine tastende Empfindung ein Zufallswerk verrichtet. . . .“

„Wir können nicht vergelten, weil wir den Anteil nicht messen können, den der einzelne an seinen Thaten hat. . . . Wir können auch das Strafübel nicht wägen, das — äußerlich gleich — den einen schwer, den andern leicht trifft. . . . Ich halte den Glauben der Menschen, daß sie mit der Strafrechtspflege vergeltende Gerechtigkeit üben, für eine Selbsttäuschung, an der ich nicht teilnehmen möchte“.

Aber nicht nur wegen dieser allgemeinen Einleitung und auch nicht nur wegen der besondern Ausführungen über den Versuch möchte ich allen Freunden des Verstorbenen und allen Vertretern unsrer Wissenschaft das Bremer Referat von Seuffert zum einbringlichen Studium empfehlen, sondern ganz besonders wegen der darin enthaltenen wertvollen und durchaus eigenartigen Fingerzeige, die Seuffert den Gesetzgebern aller Länder gibt. Es ist ein goldenes Wort, das er dem „freien wissenschaftlichen Komite“ als Leitsatz hinterlassen hat: „Der allgemeine Teil soll die Ergänzung des speziellen und nicht der spezielle die Entwicklung des allgemeinen sein“ (S. 456). Und das Gleiche gilt von der Bemerkung, daß der Gesetzgeber bei Fassung der Thatbestände stets die Erwägung sich vor Augen halten soll, in welcher Weise auf Grund dieses Thatbestandes die Schuldfrage im Richterkollegium oder im schwurgerichtlichen Verfahren zu stellen sei.

In Straßburg fand eine Beschlußfassung nicht statt. In Bremen einigte sich die Versammlung auf die folgenden Thesen, die (unter Ausscheidung der Frage des untauglichen Versuchs) den Anträgen Seufferts entsprachen:

1. Die Aufnahme einer Versuchsdefinition in das Strafgesetzbuch ist wünschenswert.
2. Diese Definition hat sich von dem überlieferten „Anfang der Ausführung“ frei zu machen.
3. Der Versuch ist nur in denjenigen Fällen strafbar, in welchen das Gesetz dieses bestimmt.
4. Die Strafbarkeit des Versuchs ist grundsätzlich dieselbe, wie die der Vollenbung, vorbehaltlich einer zu begrenzenden richterlichen Ermäßigungsbefugnis.
5. Bei Versuchstreue tritt Strafflosigkeit ein für diejenigen Beteiligten, die sie bethätigt haben.

Die Thesen über die Teilnahme sollten auf der Jahresversammlung von 1903 beraten werden. Unter Seufferts Führung wäre es auch in dieser Frage zu einer Verständigung gekommen. Dann hätte Seuffert mit gerechter Befriedigung sich sagen können, daß er in der wichtigsten Frage der Strafgesetzgebung: „Erfolgshaftung oder Schuldhaftung“ eine entscheidende Wendung der Anschauungen bewirkt habe. Auch dieser abschließende Erfolg ist ihm versagt geblieben. Aber seine Anregung wird weiter wirken und

früher oder später den von ihm vertretenen Gedanken die allgemeine Anerkennung erringen.

Zwischen die beiden Versammlungen der deutschen Landesgruppe der I.R.V. fällt der Vortrag, den Seuffert am 16. März 1901 in der Geseftigung zu Dresden gehalten hat (Dresden, bei v. Zahn und Jaensch 1901 erschienen). Er trägt den Titel: „Die Bewegung im Strafrecht während der letzten dreißig Jahre“ und läßt dem Fernerstehenden den Verfasser in einem ganz neuen Licht erscheinen. Auf all den weiten Gebieten des Strafrechts, so führt der Verfasser aus, herrscht lebhafteste Bewegung. So in der Rechtspflege insbesondere durch die Neigung zu stärkerer Kriminalisierung; so in dem Strafvollzugswesen, wo die erfahrenen Leiter der Strafvollstreckung an der Spitze der Bewegung stehen; so in der Strafrechtswissenschaft, wo die Realpolitiker mit den Anhängern der Vergeltungs idee im Kampf liegen. Von diesen vielfachen Bewegungen will der Redner nur zwei zum Gegenstand seiner Erörterung machen: die Kriminalität des Volkes und die „kriminelle Reizbarkeit“ des Publikums. Der Vortrag bringt in seinem ersten Teil in übersichtlicher und vielfach anregender Gestalt die Ergebnisse der Kriminalstatistik. Der zweite Teil behandelt die „kriminelle Reizbarkeit“ und erläutert einen von Seuffert neu aufgestellten Begriff. Er versteht darunter das gesteigerte Verlangen nach strafrechtlicher Verfolgung. Als Beweis für diese kriminelle Nervosität unsrer Tage führt der Redner verschiedene Thatsachen an. So, daß die Staatsanwaltschaft in mehr als 50 % der Fälle (jährlich also in mehr als 300000 Fällen) die Strafanzeigen und Anträge zurückweist oder das von ihr eingeleitete Verfahren einstellt; daß die Beleidigungsklagen, sowie die Anträge und Klagen bei leichten Körperverletzungen wesentlich zugenommen haben. Insbesondere wird auch darauf hingewiesen, daß das Attentatsjahr 1878 die Zahl der Majestätsbeleidigungsprozesse um mehr als das 13fache vermehrt und auf die Höhe von 1994 Prozessen gebracht hat. „Aus der erhöhten Reizbarkeit im Publikum heraus hat ein Denunziant dem andern die Klinke an der Thür der Staatsanwaltschaft in die Hand gedrückt“. Auch die große Zahl der an den Reichstag gerichteten Petitionen auf strafrechtliche Behandlung von wirklichen oder vermeintlichen Schäden des Volkslebens weist auf diese Reizbarkeit des Publikums hin. „Der ganze Zug unsrer Zeit geht nach Staatshilfe. Und überall soll die Straf-



hilfe im Hintergrund stehen. Das ist keine erfreuliche Erscheinung! Die Strafe soll Arznei sein gegen Schädlichkeiten, die das Gemeinwohl bedrohen! Im Übermaß angewendet wird die Strafe Gift!"

Wer Seufferts Entwicklungsgang verfolgt hat, der weiß auch, daß die Beschäftigung mit der Kriminalätiologie und ganz besonders mit der Kriminalstatistik ihm schon seit zwanzig Jahren am Herzen lag. Stier-Somlo teilt uns mit, daß Seuffert in den letzten Jahren sich mit umfassenden kriminalstatistischen Untersuchungen abgegeben habe und daß nur ein verhältnismäßig kleiner Teil dieser Forschungen in dem Dresdner Vortrag zur Verwertung und Veröffentlichung gelangt ist. Diese Mitteilung, die ich zu überprüfen nicht in der Lage bin, hat viel innere Wahrscheinlichkeit für sich. Sie zeigt uns aber zugleich, daß auch auf diesem Gebiete Seufferts früher Tod uns um manche langsam heranreifende Frucht seiner rastlosen Arbeit gebracht hat.

Ich komme zu der letzten schriftstellerischen Arbeit Seufferts, zu seinem im Herbst 1902 (in München bei C. F. Beck) erschienenen Buch: „Ein neues Strafgesetzbuch für Deutschland“ (87 Seiten).

Es könnte den Anschein haben, als stände die Veröffentlichung dieser Schrift im schroffsten Widerspruch zu den Worten, mit welchen Seuffert im März 1901 seinen Dresdner Vortrag geschlossen hatte: „Für die große Strafrechtsreform erscheint mir die Jetztzeit nicht günstig“. In der That haben Freunde wie Gegner die Tragweite dieses Satzes überschätzt. Seuffert selbst hatte ihn schon auf der Versammlung zu Straßburg im Jahre 1900 dahin eingeschränkt: „Aber für die Vorbereitung des neuen Gesetzeswerkes, da ist kein Tag zu früh“; und er hat diesen Satz in Bremen ausdrücklich wiederholt (Mitteilungen X 448). Und auch hier hat er sich nicht damit begnügt, eine Anregung zu geben, sondern sofort selbst mit Hand angelegt, um die Vorarbeiten in Gang zu bringen. So enthält die letzte Schrift zugleich das kriminalpolitische Testament Seufferts. Als hätte er den heranahenden Tod geahnt, hat er in diesem Buch noch einmal die Summe seiner Erfahrungen und Überzeugungen gezogen, und die Grundzüge der Reform, die er immer und immer wieder auf das Gewissenhafteste überprüft hatte, nicht nur den Fachgenossen, sondern dem ganzen deutschen Volk (S. 2) übergeben. Das Buch zerfällt



in 26 kurze Abschnitte, die in durchsichtiger Klarheit und in vollendeter Darstellung die Gedanken des Verfassers zusammenfassen. Eine kurze Inhaltsangabe muß an dieser Stelle genügen. Auf diese aber möchte ich nicht verzichten; läßt sie uns doch das ganze Lebenswerk des Verstorbenen vor die Seele treten.

I. Das Ziel der Strafe: in der Hauptsache dem Bremer Vortrag vom April 1902 entnommen. „Das Ziel aber, das ich anstrebe, wenn ich die Grundsätze für die Strafrechtsreform erörtere, das ist: Verminderung der Verbrechen durch Einwirkung auf die Verbrecher“. II. Die Gesetzgebungsarbeit: ein Mann muß den Vorentwurf aus einem Guß machen: dann Prüfung durch die Öffentlichkeit und durch eine Kommission von Sachverständigen. Die Abschnitte III (gesetzliche Straffranken), IV (der allgemeine und der besondere Teil des Strafgesetzbuchs bei der Gesetzgebungsarbeit) und V (die Prüfung von Gesetzesvorschlägen durch Formulierung von Fragen an die Geschworenen) sind im wesentlichen dem Bremer Vortrag entnommen. VI. Die Frage der Strafbarkeit: wo man ohne Strafe auskommen kann, soll man nicht strafen. VII. Einteilung der Straftaten. Strafgesetzbuch. Polizeistrafgesetzbuch. Nebengesetze: gegen die Dreiteilung; Ausscheidung der Polizeiübertretungen; Einarbeitung der Nebengesetze. VIII. Die Zurechnungsfähigkeit: ihr Wesen liegt in der Bestimmbarkeit durch das übertretene Gesetz; Unterbringung gemeingefährlicher Geisteskranker. IX. Die Alterstufen: Beginn der Strafmündigkeit mit dem 14. Lebensjahr; Ersetzung der „Einsicht“ bei Jugendlichen durch „Bestimmbarkeit“. X. Strafrechtsirrtum: Freisprechung bei unvermeidlicher Unkenntnis des übertretenen Gesetzes. XI. Die geminderte Zurechnungsfähigkeit: Zwischenanstalten eventuell mit Übergang in Straf- oder Irrenanstalten. XII. Die minder schweren Fälle. XIII. Das Willensmoment: das Gesetz soll bei den einzelnen Thatbeständen ausdrücklich sagen, ob das Wissen genügt oder ob das Wollen erforderlich ist. XIV. Die Erfolgshaftung: der Erfolg darf nur in Betracht kommen, insoweit er uns ein Strafbarkeitsmerkmal in der Person des Thäters offenbart, also wenn er willentlich, wissentlich oder fahrlässig verursacht wurde. XV. Die Versuchsfrage: gegen die grundsätzlich mildere Bestrafung des Versuchs. XVI. Die Teilnahme: gegen die grund-

sätzlich mildere Bestrafung des Gehilfen. XVII. Die Strafe im allgemeinen. Todesstrafe. Körperliche Züchtigung: gegen diese beiden besonders angeführten Strafarten. XVIII. Bodenkulturarbeiten. Deportation: die erstern werden vor der letztern empfohlen. XIX. Die Arten der Freiheitsstrafen: Einfachheit im Gesetz und Unterscheidung im Strafvollzug; Gefängnis, angelegt auf methodische Erziehung zum Normengehorsam; Haft gegen Leidenschaftlichkeit, Unbotmäßigkeit, Auflehnung, Nachlässigkeit; Arbeitshaus gegen wiederholt Rückfällige. XX. Die Ausgestaltung der Freiheitsstrafen: gegen ein Reichsgesetz über den Strafvollzug; Einzelhaft als Grundstrafe; bedingte Entlassung, bewilligt von der Gefängniscommission. XXI. Die Nachbehandlung: Wiedereinführung des Entlassenen in die Gesellschaft. XXII. Bedingte Verurteilung und bedingte Vergnadigung: für reichsrechtliche Einführung der erstern, obwohl die gute Wirkung der letztern anerkannt wird. XXIII. Die Geldstrafe: Bemessung nach dem Einkommen, bei Uneinbringlichkeit Arbeitsleistung ohne Einsperrung. XXIV. Die Rückfälligen: gegen Rückfällige Nachhaft im Arbeitshaus bis zu drei Jahren, bei wiederholt Rückfälligen bis zu 10 Jahren. XXV. Inlandsthaten und Auslandsthaten: Einschreiten der deutschen Staatsgewalt gegen alle Auslandsthaten, durch welche deutsche Interessen berührt werden. XXVI. Schlußbetrachtung: im wesentlichen dem Bremer Vortrag entnommen.

Seuffert hat in dem Vorwort (S. 2) ausdrücklich hervorgehoben, daß er mit dem von mir an den Deutschen Juristentag erstatteten Gutachten in den meisten Punkten zusammentreffe. Das ist zweifellos richtig und trifft insbesondere bezüglich der Behandlung der Erfolgshaftung sowie des Versuchs und der Teilnahme zu. Ich möchte aber meinerseits nicht unterlassen, ausdrücklich hervorzuheben, daß Seufferts Vorschläge fast das gesamte Gebiet des „allgemeinen Teils“ umfassen und daher viel weiter gehen, als die von mir in meinem Gutachten gegebenen Anregungen. Sein Buch enthält thatsächlich das vollständigste Reformprogramm, das bisher aufgestellt worden ist. Fast alle einzelnen Vorschläge, von denen die wichtigeren in die greifbare Gestalt von Gesetzesparagraphen gebracht sind, hat Seuffert bereits früher gemacht und begründet. Es handelt sich also nicht um eine jener zahlreichen kriminalpolitischen Arbeiten, die augenblicklicher Eingebung

oder einem flüchtigen äußern Anlaß entspringen, sondern um die Ergebnisse der durch fast zwei Jahrzehnte hindurch fortgesetzten, immer wieder aufs neue überprüften Untersuchungen. Wer Seufferts Schriften genau kennt, vermag fast jeden einzelnen Leitsatz zurückzuverfolgen bis auf sein erstes Auftauchen. Und nur wer das thut, dem eröffnet sich der Einblick in das innerste Wesen des Verstorbenen.

Den Kriminalpolitiker Seuffert haben diese Zeilen unsern Lesern in seinem ganzen Entwicklungsgange ins Gedächtnis zurückrufen wollen. Diese Beschränkung der Aufgabe findet nicht nur in dem engern Rahmen ihre Rechtfertigung, der den Darstellungen einer Fachzeitschrift gezogen ist. Sie hat ihren tieferen Grund in der Erkenntnis, daß gerade Seufferts kriminalpolitische Wirksamkeit ihm einen dauernden Platz in der Geschichte unseres deutschen Volkes sichert. Was er seinen Freunden gewesen ist, wird in deren dankerfüllten Herzen in treuer Erinnerung fortleben. Und über seine Thätigkeit als Lehrer können seine Bonner Kollegen bessere Auskunft geben, als ich das vermöchte. Es sei mir daher gestattet, hier Zitelmann für mich sprechen zu lassen. Bei der Trauerfeierlichkeit am 27. November hat Zitelmann als Rektor der Universität Seufferts Lehrthätigkeit mit folgenden Worten geschildert:

„Jeder weiß es: er war ein geborener Lehrer. Mit nie ermüdender Treue bereitete er Vorlesungen wie Übungen vor. Jedem seiner Studierenden widmete er einzeln und persönlich Aufmerksamkeit. Mit fast übergroßer Gewissenhaftigkeit suchte er die Verdienste derer, die unter seiner Anleitung arbeiteten, abzuwägen; immer und immer wieder beschäftigte er sich mit dem Gegenstand seiner Vorlesungen und Übungen. Bis zum letzten Sommer hat er nicht aufgehört, weiter an ihnen zu arbeiten, wo andre schon längst mit fertigem Ergebnis abgeschlossen hätten. . . . Nie war er ein Fertiger, nie hat er aufgehört, wie ein rechter Lehrer so auch ein rechter Lernender zu sein. . . . Nur wenige Tage lang vor seinem Tode hat er seine Lehrthätigkeit ausgesetzt, er starb wie ein Soldat auf dem Schlachtfeld, mitten in der Ausübung seines Berufes.“

Und wie die Kollegen über ihn dachten, das zeigt die zweimal, in Breslau wie in Bonn, erfolgte Berufung zu der höchsten

Ehre, die der Lehrkörper einem der seinigen zu verleihen vermag: im Jahre 1885 wie im Jahre 1896 hat er das Rektorat bekleidet.

Dennoch glaube ich, daß Seufferts innerstes Wesen nirgends so klar zu Tage tritt, als gerade in seiner kriminalpolitischen Thätigkeit. Und darum möchte ich auf sie noch einmal zurückkommen.

Zwei Züge scheinen mir die Eigenart Seufferts als kriminalpolitischen Fachmann zu kennzeichnen. Der eine, das ist die selbstlose Hingabe an die Sache. Aus ihr entsprang das unablässige Suchen nach der Wahrheit, das Ringen nach Erkenntnis, die Treue im Kleinen und der Drang nach Zusammenfassung, Ordnung, Weiterbildung des Erkannten; aus ihr aber auch die vornehme Milde, die liebenswürdige Bescheidenheit, die Herzensgüte im Verkehr mit den Arbeitsgenossen. Niemals hätte Seuffert es vermocht, die Person über die Sache zu stellen, im eignen Interesse die erkannte Wahrheit zu verschweigen oder in eitler Selbstbespiegelung sich der Erkenntnis der Wahrheit zu verschließen. Der andre Zug aber, der ihn kennzeichnet, das ist der Drang nach praktischer Verwirklichung des von ihm als richtig Erkannten. Hat Seuffert den richtigen Rechtsatz gefunden, so muß er ihn sofort in die Gestalt von Gesetzesparagraphen gießen; und bei der Fassung der Gesetzesvorschläge denkt er sogleich daran, ob sie auch im Strafverfahren, insbesondere bei der Fragestellung an die Geschworenen, sich bewähren werden. Dieser Wesenszug ist es, der Seuffert in die Reihen der modernen Kriminalpolitiker führen mußte. Für ihn hatte die juristische Konstruktion nur Wert durch ihre Eignung, dem Rechtsleben zu dienen; der Formalismus war seiner innersten Natur zuwider, und trotz jahrelangen Bemühens (seine Briefe an mich beweisen das) ist es ihm nicht gelungen, zu seinen typischen Erscheinungen innerlich Stellung zu gewinnen. Derselbe Zug seines Wesens führt ihn zu dem unausgesetzten Kampf gegen die Vergeltungsstrafe. Sein tief ethisches Empfinden verlangte nach Einklang zwischen Ethik und Strafrechtspflege; und der Gedanke, daß sterbliche Menschen das Schwert Gottes führen und über ihre Brüder Vergeltung üben sollten, verletzte ihn in seinem tiefsten Innern. Wie v. Lilienthal es ausdrückt: „Er mochte dem Staat nicht zumuten, was ihn im Privatleben sein ethisches Empfinden verabscheuen ließ.“ Aber bei dieser Abwehr des Vergeltungsgedankens konnte es nicht bleiben;

den Einklang konnte ihm nur die positive Fassung geben. Nach ihr ringt er in unausgesetzter Arbeit. Und er glaubt sie endlich gefunden zu haben in dem schlichten Satz: „Verminderung der Verbrechen durch Einwirkung auf den Verbrecher.“

Gerade den Kriminalpolitiker scheint mir der Nachruf in der Bonner Zeitung nicht richtig gewürdigt zu haben. Es ist nicht bloß die Herzensgüte, die seine Reformvorschläge bestimmte. Und es ist ganz falsch, zu sagen, Seuffert habe die ganze Strafvollstreckung unter das Zeichen der Besserung stellen wollen. Gewiß, so lange die Besserung noch möglich ist, soll nach Seufferts Grundauffassung die Strafe das Ziel der Besserung mit aller Folgerichtigkeit verfolgen. Aber wo sie ausgeschlossen erscheint, da tritt die Sicherungsstrafe, oder sagen wir lieber, die Ausscheidungsstrafe, in ihr volles Recht. Aus Seufferts Vorschlag spricht wahrhaftig nicht der schwache Schwärmer, der sentimentale Menschheitsbeglucker; keiner hat mit größerer Bestimmtheit als er den Schutz der Gesellschaft gegen die wiederholt Rückfälligen verlangt. Wer das Gegenteil behauptet, der kennt weder Seufferts Schriften, noch die strafrechtliche Reformbewegung überhaupt.

In den beiden von mir hervorgehobenen Zügen lag Seufferts Anspruch begründet, bei der Neugestaltung unserer Strafgesetzgebung die leitende Rolle zu übernehmen. Stets hat er als wissenschaftlicher Forscher für den Gesetzgeber gearbeitet; die legislative Technik hat sein Interesse mehr und mehr in Anspruch genommen; seine Vorschläge haben zum größeren Teil bereits die Form von Gesetzesparagraphen.

Durch die reine Sachlichkeit seines Urteils aber war zugleich die Gewähr dafür geboten, daß ein auf gegenseitiger Achtung beruhendes Zusammenwirken von Männern verschiedener Richtungen möglich werde. Er hätte es verstanden, die sachlichen Gegensätze des persönlichen Einschlags zu entkleiden, Empfindlichkeiten zu schonen, durch das Beispiel seiner Vornehmheit das Vordringen kleinlicher Eitelkeit im Keim zu ersticken. Es war daher begreiflich, daß, als die erste Vorbesprechung stattfand, die in ihrem Verlauf zur Einberufung des „freien wissenschaftlichen Komitees“ führte, auf Seufferts Mitwirkung von allen Seiten das größte Gewicht gelegt wurde. Mit lebhafter Freude hat auch er selbst seine Einberufung begrüßt. Bis in die letzten Tage hinein hat er gehofft, ihr Folge leisten zu können. Es ist ihm und uns nicht beschieden gewesen.

In seinem Bremer Vortrag sprach Seuffert von der Möglichkeit, den Versuchsbegriff überhaupt aus dem Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuchs auszumergen. Der Gedanke hat ihn so lebhaft interessiert, daß er es, in der Anlage zu seinem Vortrag (Mitteilungen X 481) sogar versuchte, die Abschnitte über Tötung und Körperverletzungen so umzuarbeiten, daß dabei der Versuchsbegriff entbehrlich sei. Er fügte diesem angebotenen Vorschlage die Worte hinzu: „Doch das sind Zukunftsgebanten, auf die man vielleicht bei der übernächsten Revision des Strafgesetzbuchs zurückkommen wird. Ich bedauere, daß ich nicht mehr dabei sein kann.“

Keiner von uns hat in jenen Tagen wohl geahnt, daß die tödtliche Krankheit dem arbeitsreichen und hoffnungsfrohen Leben bereits das Ziel gesetzt hatte, daß Seuffert nicht erst bei der übernächsten, sondern schon bei der nächsten Revision des Strafgesetzbuchs uns fehlen würde. Mit tiefem Schmerz haben wir uns in das Unabänderliche zu fügen. Den Angehörigen und den Freunden des Verstorbenen mag ein versöhnender Gedanke vor die Seele gerufen werden: wenn Seuffert auch das gelobte Land, nach dem er sein Leben lang gestrebt, nicht mehr betreten hat — sein brechender Blick hat es gesehen, er ist von uns geschieden in der festen Zuversicht, daß die Arbeit seines Lebens früher als er selbst noch vor Jahr und Tag es erwartete, seinem Volk zu gute kommen werde. Daß er selbst dabei mitwirken werde, wie er annehmen durfte, das war eine Täuschung; aber es hat ihm die letzten Lebenstage verklärt, und dafür wollen wir dem Schicksal danken. Ihm aber, dem Verstorbenen, danken wir für das Vermächtnis, das er uns hinterlassen hat: für sein mahnendes Beispiel. In seinem Sinne wollen wir nach seinem Ziele streben: in selbstloser Sachlichkeit mit willensstarker Thatkraft wollen wir arbeiten an dem Werke seines Lebens, an der Umgestaltung unserer Strafgesetzgebung auf der Grundlage einer von den Schläden des mosaischen Vergeltungsgedankens gereinigten, das Recht mit der Sittlichkeit versöhnenden Anschauung.

---